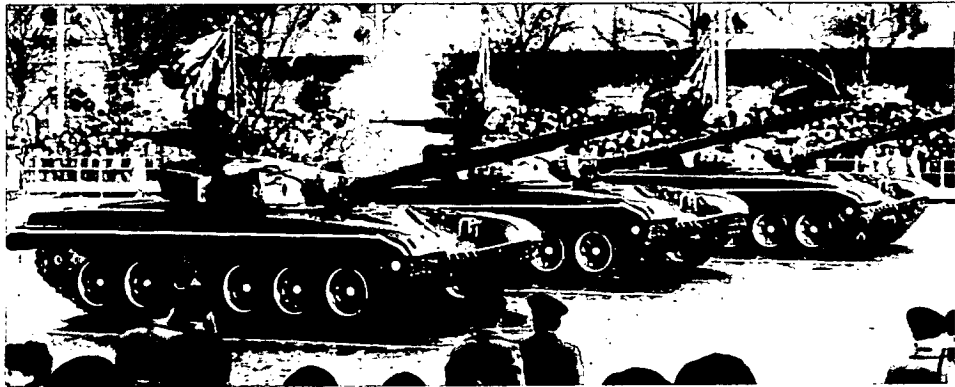


Offiziere für Abrüstung

Zu einem ungewöhnlichen Friedenspakt haben sich in Schleswig-Holstein Mitglieder der Gruppe „Christen für Frieden und Abrüstung“ in der Nordelbischen Evangelischen Kirche und aktive Offiziere zusammengefunden. Sie fordern dazu auf, „die Rüstung in Ost und West einzufrieren“. Der Gesprächskreis, zu dem auch der Standortkommandant der Marineflieger-Lehrgruppe in Westerland, Fregattenkapitän Peter Gladziejewski, und sein Stellvertreter, Fregattenkapitän Klaus-Dieter Torlée, gehören, schreibt in einem Thesenpapier, „mehr Rüstung in Ost und West“ sei nicht geeignet, „mehr Sicherheit“ zu gewährleisten. Ihre Forderungen begründen die Verfasser auch mit der „besonderen Verantwortung“, die „wir für die ökonomischen und politischen Abhängigkeiten der Staaten der 3. Welt“ tragen. Sie regen an, Wirtschaftskraft und wissenschaftlich-technische Fähigkeiten statt für die Rüstung „mehr als bisher“ dafür einzusetzen, den Menschen in Entwicklungsländern „zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen“. Schon einmal haben sich Offiziere der Bundeswehr öffentlich in die Friedensdiskussion eingeschaltet. Diese Gruppe verlangte letzten Herbst in einem „Darmstädter Signal“, von der „sicherheitsgefährdenden sogenannten Nachrüstung mit Pershing 2 und Cruise Missiles abzulassen“. Die Heeresführung bestellte daraufhin einige Unterzeichner zur Belehrung.

Schlagkraft gefährdet?

Wegen des Verdachts von „Sabotage-Handlungen an Verteidigungsmitteln“ ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen 14 Grüne und Pazifisten. Sie hatten am vorletzten Sonntag, angeführt von den grünen Stadtverordneten Jutta Dittfurth und Manfred Zieran, Sprengschächte in den Pfeilern der Frankfurter Friedensbrücke zugemauert. Die Schächte sollen im Kriegsfall mit Explosionsstoff gefüllt und vor dem anrückenden Feind gezündet werden. Die Aktion an der 1951 wiederaufgebauten Brücke war von der Rathaus-Fraktion der Grünen vorbereitet worden. Ob die Gruppe allerdings wegen Sabotage (Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren) belangt werden kann, scheint selbst den Ermittlern ungewiß. Nach Prüfung des einschlägigen Paragraphen 109 e des Strafgesetzbuches, der für die Justiz Neuland ist, stellte Oberstaatsanwalt Reinhard Rochus fest, nur das Bundesverteidigungsministerium könne gutachterlich beurteilen, ob „die Schlagkraft der Truppe“ gefährdet gewesen sei. Rochus: „Eine verunglückte Regelung.“



Sowjetische Panzer T 72 (in Moskau)

West-östliche Alpträume

Die Nato ist dem Warschauer Pakt auf keinem Gebiet so unterlegen, wie Analysen aus Bonn und Washington behaupten. Zu diesem Ergebnis kommt Andreas von Bülow, von 1976 bis 1980 Parlamentarischer Staatssekretär auf der Hardthöhe. Er hat in einem vorwiegend auf US-Quellen gestützten Kräftevergleich („Alpträume West gegen Alpträume Ost“) unter anderem Waffenqualität sowie Aufgaben und Motivation der Soldaten untersucht. Mit der Panzerüberle-

genheit des Ostens (60 000 gegen 17 000 auf Nato-Seite) ist es danach nicht gar so weit her: 40 000 Ost-Panzer seien veraltet, würden ausgeschlachtet oder nur noch zur Ausbildung verwendet. Der Nahost-Krieg habe zudem gezeigt, daß moderne Typen wie der T 72 westlichem Gerät unterlegen seien. Ähnlich bei den Flugzeugen: Die Israelis haben 1982, mit ihren amerikanischen F-15- und F-16-Jets, 120 sowjetische Mig-21 abgeschossen – ohne einen einzigen eigenen Verlust. Und die Marine des Warschauer Pakts sei, so Bülows Analyse, nur be-

Stolze: Beirat und Berater

Die niedersächsischen Zeitungsverleger sind „betroffen“ über einen Mitarbeiter von Ministerpräsident Ernst Albrecht. Diether Stolze, 55, ehemaliger „Zeit“-Verleger und von Oktober 1982 bis Mai 1983 Regierungssprecher bei Helmut Kohl, dient der Landesregierung seit Mai als Medienberater. Für ein Honorar von 60 000 Mark und Aufwandsentschädigung von 25 000 Mark pro Jahr soll er unter anderem private Rundfunkanstalten nach Hannover locken.

Gleichzeitig bezieht Stolze von der Stuttgarter Holtzbrinck-Verlagsgruppe, die schon seit langem Interesse an privaten Rundfunklizenzen zeigt, ein stattdliches Entgelt für seine Mitarbeit im „Beirat für neue Medienfragen“. Der Sprecher der niedersächsischen Verleger, Victor Lis, findet das unhaltbar: „Wer die Konkurrenz berät, kann nicht gleichzeitig die Regierung bei der Auswahl beraten.“

Albrechts Sprecher Hilmar von Poser spielt den Konflikt herunter: „Herr Stolze berät die Landesregierung lediglich und trifft keine eigenen Entscheidungen. Er bereitet Entscheidungen vor.“

Stolze war schon einmal in den Verdacht geraten, Politisches und Privates vermischt zu haben. Während seiner Amtszeit als Kohls Regierungssprecher gehörte er dem Fernsehrat des ZDF an. Dieses Kontrollorgan hat, laut Staatsvertrag, unter anderem „den Intendanten bei der Programmgestaltung zu beraten“.

Zugleich war er aber auch Gründer der Hamburger „Merca media Gesellschaft für Kommunikation- und Finanzberatung mbH“. Unter der Geschäftsführung seiner Frau Sylvia beschäftigt sich diese Firma, so der Eintrag im Handelsregister, mit der „Vermittlung von Beiträgen für Fernseh- und Rundfunkanstalten“. In München ist sie an der „Arbor TV-Filmproduktion GmbH“ beteiligt, die ähnliche Interessen in Süddeutschland vertritt.

Stolze mochte da eine Interessenkollision nicht erkennen: „Ich unterscheide aufs sorgfältigste zwischen meiner Frau und mir.“ Auch diesmal sieht er den Konflikt „bei bestem Willen nicht gegeben“. Denn: „Sonst hätte ich das Angebot des Landes Niedersachsen nicht akzeptiert.“